

Sozialen Zusammenhalt stärken – für ein starkes Deutschland, in dem alle profitieren

Die letzten zwölf Jahren unionsgeführter Bundesregierung waren gute Jahre für Deutschland und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wir haben die Arbeitslosigkeit auf einen Tiefststand gebracht, Rekordbeschäftigung erreicht, die Rücklagen in den Sozialkassen wieder aufgefüllt und den Staatshaushalt saniert.

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben – mit einer Politik, die die Bürger in ihrem Alltag unterstützt. Deutschland, das sind 44 Millionen Menschen, die jeden Tag früh aufstehen, zur Arbeit gehen und Steuern zahlen. Das sind acht Millionen Familien und mehr als 13 Millionen Kinder und Jugendliche, denen wir eine gute Zukunft bieten wollen. Deutschland ist eines der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt und davon sollen alle in unserem Land profitieren.

Wir wollen deshalb unsere Stärke nutzen, um den sozialen Zusammenhalt weiter zu stärken – von den jüngsten bis zu den ältesten Mitgliedern unserer Gesellschaft. Wer Kinder hat, den wollen wir besonders unterstützen. Wer arbeitet, soll mehr Netto vom Brutto haben. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll eine gute Rente bekommen. Wer pflegebedürftig ist, dem wollen wir ein Alter in Würde ermöglichen. Das ist unsere Politik für ein sozial starkes Deutschland.

- **Wir wollen echte Entlastungen für alle.** Wir haben heute die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten – und auch für die kommenden Jahre erwarten wir weiter kräftige Steigerungen von etwa vier Prozent jährlich. Davon wollen wir den Menschen etwas zurückgeben. Unser Ziel ist: Jeder in Deutschland soll am Ende des Monats spürbar mehr in der Tasche haben als heute. Ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit wollen wir den Solidaritätszuschlag endlich abschaffen. Wir wollen außerdem den Grundfreibetrag erhöhen und den Spitzensteuersatz erst ab einem höheren Einkommen greifen lassen. Wenn Facharbeiter unter den Höchststeuersatz fallen, läuft offensichtlich etwas schief. Steuererhöhungen erteilen wir eine klare Absage. Wer trotz Rekordsteuereinnahmen immer weitere Belastungen fordert, ist nicht gerecht, sondern maßlos.
- **Wir wollen Familien besonders unterstützen.** Familien sind die Urzelle unserer Gesellschaft und unserer Zukunft. Ohne den Zusammenhalt in der Familie kann es auch keinen gesellschaftlichen Zusammenhalt geben. Grundlage der Familie ist die traditionelle Ehe zwischen Frau und Mann. Sie ist und bleibt das bevorzugte Lebensmodell der Menschen in unserem Land. Das Ehegattensplitting werden wir daher ohne Einschränkungen erhalten und um ein Kindersplitting ergänzen. Wir wollen das Kindergeld um 25 Euro monatlich pro Kind erhöhen und parallel dazu den Kinderfreibetrag nach oben anpassen. Junge Familien wollen wir beim Erwerb eines Eigenheims für die ersten zehn Jahre mit einem Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro jährlich pro Kind unterstützen. Um berufstätigen Eltern mehr Flexibilität zu ermöglichen, wollen wir einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung bis zum Ende der Grundschule schaffen.

- **Wir wollen die Situation von Pflegebedürftigen und Pflegenden verbessern.** Ein guter und würdiger Umgang mit unseren alten Menschen und die Pflege der Pflegenden, der pflegenden Angehörigen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflege- und Gesundheitsberufen, sind Schlüsselfaktoren für eine starke Gesellschaft. Wir wollen deshalb ein Sofortprogramm zur Pflege starten, mit dem die Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhaus gezielt verbessert werden kann. Dazu gehören unter anderem attraktivere Arbeitsbedingungen durch eine höhere Bezahlung der Pflegekräfte, eine Ausbildungs-offensive und Weiterqualifizierungsmaßnahmen. Klar ist, dass zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch eine verbindliche Personalbemessung gehört. Zur Entlastung der pflegenden Angehörigen wollen wir die ambulante Pflege stärken und ein bundesweites Investitionsprogramm für Kurzzeitpflege auflegen, mit dem wir die Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege deutlich ausbauen. Damit die Pflege für Angehörige nicht zum Armutsrisiko wird, soll auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern künftig erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.
- **Wir wollen Stabilität in unserem Gesundheitssystem.** Deshalb lehnen wir soziale Experimente wie die Einführung einer sozialistischen Einheitsversicherung, der sogenannten Bürgerversicherung, ab. Sie würde neue Ungerechtigkeiten produzieren, Arbeitsplätze gefährden und die Mitte der Gesellschaft massiv belasten. Das heißt im Ergebnis: Die Mehrheit zahlt mehr und bekommt weniger. Wir setzen uns stattdessen für eine ausgewogene Finanzierung des Gesundheitssystems, für faire Wettbewerbsbedingungen und stabile Beitragssätze ein.
- **Wir wollen die Mütterrente II einführen.** Kinder großzuziehen ist eine der wertvollsten Aufgaben in unserer Gesellschaft. Niemand leistet mehr für den sozialen Zusammenhalt als die Mütter in unserem Land. Sie verdienen deshalb unsere Anerkennung und keine Benachteiligung bei der Rente. Wir wollen deshalb die bestehende Gerechtigkeitslücke schließen und dafür sorgen, dass Mütter, die ihre Kinder vor 1992 auf die Welt gebracht haben, künftig auch das dritte Jahr Erziehungszeit in der Rente angerechnet bekommen.
- **Wir wollen den Gesamtsozialversicherungsbeitrag bei unter 40 Prozent stabilisieren** und eine Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages erreichen – denn: die Sozialversicherung ist keine Sparkasse und Hort für übermäßige Rücklagen. Versicherungsfremde Leistungen dürfen nicht den Beitragszahler belasten. Deshalb wollen wir sie stärker über Bundeszuschüsse decken. Der Grundsatz ist: Nur wer eingezahlt hat, kann auch Leistungen aus den Sozialversicherungsbeiträgen bekommen – der Rest ist über Steuern zu finanzieren.
- **Wir wollen Rentenleistungen aus einer Hand.** Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, soll eine ausreichende Altersversorgung bekommen. Bei weiterem Bedarf sollen die Rentnerinnen und Rentner, die Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen müssen, diese direkt bei der Deutschen Rentenversicherung beantragen können und damit die Auszahlung ihrer Ansprüche aus einer Hand erhalten.

- **Wir wollen die Lebensleistung von Menschen im Alter stärker anerkennen.** Arbeit und Vorsorge muss sich im Alter auszahlen. Das heißt im Klartext: Wer immer gearbeitet und vorgesorgt hat, muss im Alter finanziell besser dastehen als derjenige, der nicht gearbeitet und sich nicht um seine Altersvorsorge gekümmert hat. Deswegen fordern wir analog zum Lohnabstandsgebot auch ein Rentenabstandsgebot.
- **Wir wollen, dass sich Sparen wieder lohnt.** Durch die Niedrigzinspolitik der EZB ist es für die Menschen zunehmend schwerer geworden, eigenverantwortlich Vermögen zu bilden und für das Alter vorzusorgen. Die EZB muss deshalb die Zinswende einleiten. Darüber hinaus wollen wir die Aktie als Anlageinstrument zur Vermögensbildung attraktiver machen. Es kann nicht sein, dass langfristig orientierte Anleger mit Hochfrequenzhändlern und Spekulanten auf eine Stufe gestellt werden. Deshalb wollen wir für Kleinanleger wieder eine Spekulationsfrist einführen: Nach Ablauf von zehn Jahren sollen Veräußerungsgewinne steuerfrei vereinnahmt werden können. Wir wollen außerdem die private Altersvorsorge weiter stärken und mit der Einführung einer säulenübergreifenden digitalen Vorsorgeinformation für mehr Transparenz sorgen. Die Menschen sollen auf einen Klick sehen können, welche Rente sie insgesamt aus ihrer gesetzlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorge erwarten können.
- **Wir wollen alle, die sich in Deutschland freiwillig und ehrenamtlich engagieren, noch stärker unterstützen.** Fast jeder Zweite in Deutschland setzt sich neben Beruf und Familie in seiner Freizeit für andere ein. Das verdient größte Anerkennung und ist Ansporn für uns, weitere Verbesserungen im Bereich des Ehrenamts durchzusetzen. Als Zeichen unserer besonderen Wertschätzung wollen wir flächendeckend Ehrenamtskarten einführen, die das besondere Engagement für sozialen Zusammenhalt dokumentieren und den Karteninhabern Vergünstigungen (ermäßigten Eintritt, Einkaufsvorteile) bieten. Die Errichtung einer neuen Ehrenamtsstiftung nach bayerischem Vorbild wird die Sichtbarkeit ehrenamtlichen Engagements deutlich erhöhen. Gleichzeitig stellt sie den Ehrenamtlichen als zentrale Anlaufstelle hauptamtliche Beratung an die Seite. Vorrangiges Ziel bleibt für uns der Abbau unnötiger Bürokratie und steuerlicher Vorschriften, damit sich unsere Ehrenamtlichen ganz auf ihre wichtige Aufgabe konzentrieren können. Statt der Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses fordern wir die Einführung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für die ehrenamtliche Betreuung von Kindern und Jugendlichen.
- **Wir kämpfen für bezahlbares Wohnen.** Wir wollen eine Wohnraum-Offensive starten und in den nächsten vier Jahren 1,5 Millionen neue Wohnungen bauen. Wir werden Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für Erwachsene und Kinder für den erstmaligen Erwerb von Wohneigentum einführen. Zusätzlich wollen wir die degressive Abschreibung für Mietwohnungsbauten für einen begrenzten Zeitraum wiedereinführen. Für selbst genutztes Wohneigentum wollen wir eine steuerliche Förderung für energetische Modernisierungsmaßnahmen. Die verbilligte Abgabe von Grundstücken des Bundes an Städte und Gemeinden wollen wir weiter erleichtern. Wenn landwirtschaftliche Flächen als Bauland zur Verfügung gestellt werden, sollen die Eigentümer die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren können. Maßnahmen, die das Bauen verteuern, lehnen wir ab.